



Sie befinden sich hier: [Startseite](#) › [Bericht aus der Kabinettsitzung vom 24. Januar 2017](#)

Bericht aus der Kabinettsitzung vom 24. Januar 2017

24. Januar 2017

1. Bayerisches Sofortprogramm Innere Sicherheit / Innenminister Joachim Herrmann: „Andere reden, wir handeln“ / Änderung des Polizeiaufgabengesetzes für engere Überwachung von Gefährdern / Justizminister Prof. Dr. Winfried Bausback: „Ausbau der Staatsschutzabteilungen der Staatsanwaltschaften sowie kombinierte Straf- und Abschiebungshaft in Passau“ / Bundesratsminister Dr. Marcel Huber: „Auch der Bund muss Weichen für mehr Sicherheit stellen“

2. Herausragende Bilanz für Bayerns Arbeitsmarkt in 2016 / Arbeitsministerin Emilia Müller: „Niedrigste Arbeitslosenquote seit Erhebung, Rekordwerte bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und der Arbeitskräftenachfrage / Bayern steht im Bundesländervergleich unangefochten an der Spitze“

3. Ministerrat beschließt Maßnahmenpaket für Bayerisch-Tschechische Freundschaftswochen Selb 2023 / Umweltministerin Ulrike Scharf: „Signal für gelebte Zusammenarbeit und partnerschaftliche Zukunft“

1. Bayerisches Sofortprogramm Innere Sicherheit / Innenminister Joachim Herrmann: „Andere reden, wir handeln“ / Änderung des Polizeiaufgabengesetzes für engere Überwachung von Gefährdern/ Justizminister Prof. Dr. Winfried Bausback: „Ausbau der Staatsschutzabteilungen der Staatsanwaltschaften sowie kombinierte Straf- und Abschiebungshaft in Passau“ / Bundesratsminister Dr. Marcel Huber: „Auch der Bund muss Weichen für mehr Sicherheit stellen“

Die Staatsregierung hat heute das Bayerische Sofortprogramm Innere Sicherheit beschlossen. Damit unterstützt und bekräftigt der Ministerrat die von der Mehrheitsfraktion im Bayerischen Landtag in Kloster Banz beschlossene Resolution zur Inneren Sicherheit. Das Sofortprogramm besteht aus zahlreichen Maßnahmen, die in Landeszuständigkeit liegen und nun von den zuständigen Ressorts der Staatsregierung umgesetzt werden. Innenminister Joachim Herrmann: „Andere reden, wir handeln. Wir ergänzen das Polizeiaufgabengesetz, verbessern die Schutzausstattung von Polizisten, stocken Observationseinheiten von Polizei und Verfassungsschutz auf und bauen die polizeiliche Videoüberwachung aus.“ Justizminister Prof. Dr. Winfried Bausback ergänzte: „Bei den Staatsanwaltschaften bauen wir die Staatsschutzabteilungen aus – auch unter Einbindung der zum Jahresbeginn neu gegründeten Zentralstelle zur Bekämpfung von Extremismus und Terrorismus. Zudem errichten wir eine bundesweit einzigartige kombinierte Einrichtung zum Vollzug von Straf- und Abschiebungshaft in Passau.“

Bayern will sein Polizeiaufgabengesetz (PAG) um eine präventiv-polizeiliche Befugnisregelung für eine offene elektronische Aufenthaltsüberwachung, eine so genannte „elektronische Fußfessel“ ergänzen. Herrmann: „Gefährder sollen künftig von der Polizei schon frühzeitig überwacht werden können. Wir setzen hier neue Maßstäbe im Kampf gegen den islamistischen Terrorismus.“ Ebenso soll das PAG so erweitert werden, dass Extremisten und Gefährder leichter in Sicherheitsgewahrsam genommen werden können. Durch die Änderung des PAG und des Bayerischen Datenschutzgesetzes sollen künftig die Speicherfristen für Videoaufzeichnungen auf zwei Monate verlängert werden.

Innenminister Herrmann kündigte an, dass auch Schutzausstattung und Bewaffnung der Sicherheitsbehörden weiter konsequent verbessert werden. Auch für eine weitere personelle Aufstockung der Observationseinheiten von Polizei und Verfassungsschutz wird sich Herrmann einsetzen. Eine weitere Sofortmaßnahme Bayerns ist der Ausbau der stationären und mobilen polizeilichen Videoüberwachungsanlagen. „Darüber hinaus wollen wir auch die technischen und rechtlichen Möglichkeiten zum Ausbau der Gesichtserkennung bei der Videoüberwachung untersuchen“, unterstrich der Innenminister.

Zu der Einrichtung in Passau betonte Bausback: „Damit sichern wir konsequente Abschiebungen grenznah und ermöglichen gleichzeitig, dass Schleuserkriminalität effektiv dort geahndet wird, wo sie hauptsächlich geschieht. Dabei ist völlig klar: Gefährder, wie Anis Amri, sind am Besten in den Hochsicherheitsbereichen unserer Anstalten aufgehoben! Der Bund muss alles dafür tun, dass es hierfür die erforderlichen gesetzlichen Grundlagen gibt.“

Wie Minister Herrmann erklärte, wird Bayern außerdem Identitäts- und Sicherheitsüberprüfungen in den Asylunterkünften vornehmen und so die durch das Bayerische Integrationsgesetz geschaffenen Änderungen im Polizeiaufgabengesetz umsetzen.

Bayern wird nach den Worten von Staatskanzleichef Dr. Marcel Huber die bisherigen beiden Ankunfts- und Rückführungseinrichtungen sowie weitere geeignete Asylunterkünfte als zentrale Ausreisereinrichtungen nutzen. Außerdem will Bayern grenznahe Aufnahmeeinrichtungen im Sinne von Transitzentren schaffen. Hierzu sollen zeitnah die notwendigen Vorbereitungen in Abstimmung mit den zuständigen Bundesbehörden getroffen werden.

Das heute vom Ministerrat beschlossene Sofortprogramm nennt außerdem weiteren Handlungsbedarf auf Ebene des Bundes und der Ländergemeinschaft. Bundesratsminister Dr. Huber: „Bayern handelt schnell und konsequent, um die Menschen bestmöglich vor Terror zu schützen. Wir fordern die anderen Länder und den Bund auf, es uns gleichzutun und die Weichen für mehr Sicherheit zu stellen. Deutschland kann sich bei der Inneren Sicherheit kein weiteres Zuwarten leisten.“

Beispiele für den Handlungsbedarf sind die Überwachung von elektronischer Kommunikation, z.B. von Chat-Diensten wie WhatsApp, die Überwachung des Inhalts von verschlüsselter Kommunikation, die Erweiterung der Auswertungsmöglichkeiten von DNA, aber auch der Optimierungsbedarf bei der Bekämpfung von Wohnungseinbruchskriminalität und Cyberkriminalität. Die Staatsregierung fordert zudem Maßnahmen zur Verbesserung der Zusammenarbeit und des Datenaustauschs zwischen den Sicherheitsbehörden, mehr Härte bei der Strafverfolgung, eine Begrenzung der Einwirkungsmöglichkeiten islamistischer Organisationen in Deutschland z.B. durch das Verbot der Sympathiewerbung und einen erleichterten Einsatz der Bundeswehr im Innern zur Terrorabwehr. Auch in der Asylpolitik fordert die Staatsregierung vom Bund klaren Vorrang für die Sicherheit der Menschen in Deutschland.

Die Staatsregierung setzt darauf, ihre Forderungen in Gesprächen mit den Koalitionsparteien im Bund und im Bundesrat einzubringen. Bundesratsminister Dr. Marcel Huber: „Im Bund besteht akuter Handlungsbedarf. Jetzt müssen alle, die in der Bundesregierung oder im Bundesrat Verantwortung tragen, an einem Strang ziehen.“

[Zum Seitenanfang](#)

2. Herausragende Bilanz für Bayerns Arbeitsmarkt in 2016 / Arbeitsministerin Emilia Müller: „Niedrigste Arbeitslosenquote seit Erhebung, Rekordwerte bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und der Arbeitskräftenachfrage / Bayern steht im Bundesländervergleich unangefochten an der Spitze“

Die Zahlen für den Arbeitsmarkt in Bayern im Jahr 2016 sind herausragend und rekordverdächtig. Arbeitsministerin Emilia Müller erklärte dazu im Kabinett: „So viele Menschen wie noch nie – über 5,3 Millionen – sind in Bayern sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Wir haben die niedrigste Arbeitslosenquote seit Beginn der Erhebung im Jahr 1994 erzielt: 3,5 Prozent. Damit liegen wir bundesweit unangefochten an der Spitze. Ausnahmslos in jedem Monat lag die Arbeitslosenquote im Jahr 2016 noch unter den bereits überragenden Werten des Vorjahres. Das zeigt: die Wirtschaft in Bayern ist stark, der Arbeitsmarkt robust und aufnahmefähig.“

Diese hervorragende Situation kommt bei den Menschen in Bayern an, unabhängig vom Wohnort oder der persönlichen Situation. „In 38 von 96 bayerischen Landkreisen und kreisfreien Städten lag die Arbeitslosenquote unter drei Prozent – das bedeutet Vollbeschäftigung in etwa 40 Prozent aller bayerischen Regionen“, so die Ministerin. Unter den Regierungsbezirken haben die Oberpfalz und Schwaben die Nase vorn. Mit einer Arbeitslosenquote von 3,2 Prozent nehmen beide den Spitzenplatz unter den sieben Regierungsbezirken ein. Müller betonte jedoch: „Die Spannweite der Arbeitslosenquoten innerhalb der Regierungsbezirke ist heute nur noch marginal. Sie ist seit 2008 signifikant gesunken und lag 2016 im Durchschnitt bei 1,1 Prozentpunkten. Davon können andere Länder nur träumen. In Bayern gilt: Wir haben in allen Regierungsbezirken eine sehr gute Ausgangslage.“ Mittelfranken liegt mit einer Quote von 4,3 Prozent bayernweit auf Platz sieben, aber noch deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 6,1 Prozent.

Besonders positiv bewertet Müller den Rückgang der Langzeitarbeitslosigkeit. „Menschen, die länger als ein Jahr arbeitslos sind, haben 2016 besonders stark von der guten Situation profitiert. Der Anteil an Langzeitarbeitslosen ist um 5,8 Prozent zurückgegangen. Bayern hat den niedrigsten Anteil an langzeitarbeitslosen Menschen aller Bundesländer. Aber auch ältere und schwerbehinderte Arbeitslose konnten verstärkt wieder Fuß auf dem Arbeitsmarkt fassen“, so Müller. Die Zahl der arbeitslosen Ausländer lag bei rund 70.000 Personen. Dies ist im Vergleich zum Vorjahr ein Anstieg von 12,5 Prozent und überwiegend auf die Fluchtmigration zurückzuführen.

Auch die Prognosen für 2017 sind weiterhin positiv, wenn auch durch die außenwirtschaftlichen Unsicherheiten etwas verhaltener. Die Ministerin ist jedoch zuversichtlich: „Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Bayern wird auch in diesem Jahr weiter ansteigen. Das kommt uns gerade bei der Integration von geflüchteten Menschen, aber auch von Langzeitarbeitslosen entgegen.“

Ausgewählte Arbeitsmarktdaten 2016:

- 5,3 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (06/2016). Das sind etwa eine Million mehr als vor zehn Jahren.
- Arbeitskräftenachfrage so hoch wie noch nie seit deren Erfassung im Jahr 2000: Mit 104.000 Arbeitsstellen im Bestand, das sind 18,4 Prozent mehr als 2015.
- Arbeitslosenquote mit 3,5 Prozent niedrigster Wert seit Erhebung im Jahr 1994 und im Bundesländervergleich.
- Mit jeweils 3,2 Prozent beste Arbeitsmarktsituation in der Oberpfalz und Schwaben
- Spreizung der Arbeitslosenquoten zwischen den Regierungsbezirken bei nur 1,1 Prozentpunkten
- 5,8 Prozent weniger Langzeitarbeitslose als im Vorjahr
- 2,2 Prozent weniger ältere Arbeitslose (50 bis unter 65 Jahre) als im Vorjahr
- 2,2 Prozent weniger arbeitslose Schwerbehinderte als im Vorjahr.

[Zum Seitenanfang](#)

3. Ministerrat beschließt Maßnahmenpaket für Bayerisch-Tschechische Freundschaftswochen Selb 2023 / Umweltministerin Ulrike Scharf: „Signal für gelebte Zusammenarbeit und partnerschaftliche Zukunft“

Der Ministerrat hat heute ein konkretes Förder- und Investitionsmaßnahmenkonzept von über 8 Millionen Euro für die Bayerisch-Tschechischen Freundschaftswochen 2023 in Selb beschlossen. Für die grenzüberschreitende Festveranstaltung werden verschiedene städtebauliche Vorhaben realisiert, die ein starkes strukturpolitisches Signal für die Region geben. Umweltministerin Ulrike Scharf betonte: „Die Freundschaftswochen stehen für gelebte Zusammenarbeit und partnerschaftliche Zukunft. Sie sind ein klares Bekenntnis zur gegenseitigen Verständigung über Landesgrenzen hinweg. Mit dem Engagement unterstreicht die Staatsregierung die Bedeutung der Grenzregion und setzt ein Zeichen für eine neue Qualität der bayerisch-tschechischen Beziehungen. Die Freundschaftswochen werden die Beziehungen zwischen Bayern und Tschechien weiter verbessern. Von dem Imagegewinn profitieren die Bürger in der Stadt ebenso wie von geplanten städtebaulichen Impulsen und der Neugestaltung städtischer Grünflächen und Parks. Natur in Städten ist wichtig für die Lebensqualität der Menschen und die biologische Vielfalt. Die gesamte Region soll eingebunden werden.“

Um die Freundschaftswochen realisieren zu können, hat der Ministerrat Eckpunkte für die Förderung verschiedener Investitionsmaßnahmen der Stadt Selb beschlossen, mit denen die erforderliche Veranstaltungsinfrastruktur geschaffen wird. Hierzu zählen beispielsweise die Gestaltung des Bahnhofsumfelds, die Errichtung eines Park&Ride-Parkplatzes, die Aufwertung und Erweiterung

städtischer Parks und der Bau einer neuen Radwegeverbindung. Die Veranstaltung wird von einer kürzlich gegründeten gemeinnützigen Gesellschaft umgesetzt, die mehrheitlich in staatlicher Hand ist.

Innen- und Verkehrsminister Joachim Herrmann ergänzte: „Wir setzen uns seit Jahren für die Porzellanregion ein. Die Voraussetzungen für den länderübergreifenden Tourismus sind hervorragend. Wir haben die verkehrliche Anbindung nach Böhmen deutlich verbessert, unter anderem mit der Wiederinbetriebnahme der Bahnstrecke von Selb nach Asch, und Straßen ausgebaut. Zudem unterstützen wir in Selb seit Jahrzehnten sehr erfolgreich die dortige städtebauliche Erneuerung.“

Bayern und Tschechien verbindet eine enge Freundschaft und Kooperation in den verschiedensten Bereichen. Neben Politik, Wirtschaft und Verwaltung tragen diese Zusammenarbeit die vielen engagierten Menschen auf regionaler und kommunaler Ebene. Im Jahr 2023 sollen in einem Zeitraum von bis zu 12 Wochen attraktive und grenzüberschreitende Veranstaltungen ausgerichtet werden. Beispielsweise sollen Kulturveranstaltungen wie Festivals, Konzerte und Drehbuchwettbewerbe sowie Sportveranstaltungen, Natur- und Erlebnisveranstaltungen in Selb stattfinden. Konferenzen und Fachtagungen auch auf politischer Ebene runden die Freundschaftswochen ab.

[Zum Seitenanfang](#)



[Inhalt](#)

[Datenschutz](#)

[Impressum](#)

[Barrierefreiheit](#)

